Brache als Programm

Autor(en): **Hui, Matthias**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **113 (2019)**

Heft 9

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-868116

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Nadelöhr

Brache als Programm

Matthias Hui

Wenn ein Stück Land nicht bestellt ist, nicht genutzt wird, ruht, nennen wir es Brache. In Bern zum Beispiel gibt es Areale, die bald durch gemeinnützige Wohnbauprojekte überbaut werden. Vorerst liegen die Grundstücke brach; organisiert oder wild entstehen Spielflächen, Gartenfelder, Sommerbeizen, Wagenplätze. Die Brachen sind für eine Weile der Verwertungslogik des Marktes entzogen. Der Ort im Eigentum der Kommunen gehört wie niemandem. Oder allen, die diese Allmenden nutzen. Im Zentrum solcher Commons stehen die Beziehungen der Menschen, ihre sozialen Praxen, ihre Regeln, Diskurse und Konflikte, ihre Alltage und ihre Sorge füreinander. Es sind Beziehungen der Kooperation und damit weder Beziehungen der Konkurrenz auf dem Markt noch formelle Beziehungen im Staat.

Irgendwann beginnt der Bau. Die Stadt vergibt das Land im Baurecht, zum Beispiel für neunzig Jahre. Dann ist theoretisch wieder Brache. «Nach meinem Verständnis von demokratischem Sozialismus müsste das Verfügungseigentum über den Boden in aller Regel den Kommunen zustehen. Jene, die den Boden nutzen, erhielten ihn als zeitlich limitiertes Nutzungseigentum zugesprochen.» So Willy Spieler in den *Neuen Wegen* 5/2002.

Der religiöse Sozialismus hat eine eigenständige Bodenpolitik entwickelt. Leonhard Ragaz schreibt in *Die Neue Schweiz 1919:* «Nicht Aufhäufung von Reichtum, von Gütern und Kapital, sondern Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse wird wieder das Endziel der Wirtschaftsordnung werden.» Und deshalb: «Die genossenschaftlich geordnete und von der furchtbar lastenden Fron für den Zwingherrn, der Kapitalismus heisst, befreite ländliche Arbeit wird mit der auf gleichem Wege neu gestalteten städtischen in eine Gemeinschaft des solidarischen Austauschs treten. Im Hintergrunde aber steht das Ideal, dass Grund und Boden [...] als Eigentum der ganzen Volksgemeinschaft erscheinen müssen, im Sinne jenes Wortes: ‹Das Land gehört dem Herrn›.» Für Ragaz war die Dorfgemeinschaft mit ihrem Gemeinbesitz und ihren uralten Ordnungen genossenschaftlichen Lebens und Arbeitens, die er in Graubünden erlebt hat, «der Wurzelgrund des genossenschaftlichen Sozialismus, für den er später eingetreten ist» (Andreas Lindt).

Jetzt braucht es eine breite Koalition, die auf diesen Traditionen eine mutige Bodenpolitik für die ländliche und die urbane Schweiz des 21. Jahrhunderts entwirft. Sie könnte zum Kristallisationspunkt von Parteien, sozialen Bewegungen, Verbänden werden – von den Landfrauen über Besetzer*innenkollektive bis zu Kirchen. Boden als lokal genutztes Commons statt als global gehandelte Ware. Boden zur Bewahrung der Schöpfung und zur Verwirklichung von nachhaltigem Zusammenleben statt als ausgebeutete und vergiftete Ressource. Bodenpolitik ist Wirtschaftspolitik ist Steuer- und Finanzpolitik ist Landwirtschaftspolitik ist Raumplanung und Artenschutz und Klimapolitik ist Sozial- und Wohnbaupolitik ist Geschlechterpolitik ist die Ausdehnung der Demokratie und schafft die Welt für die nächsten Generationen.

Die Bibel kennt die Brache. Mit dem Konzept des Erlass-, Sabbat- oder Jobeljahrs sollen der übernutzte Boden, aber auch der unterdrückte, überforderte Mensch periodisch zur Ruhe kommen und Leben neu beginnen können (Ex 23, Dtn 15, Lev 25). Die Ausbeutung wird durchbrochen. Jeder Sabbat beziehungsweise jeder Sonntag ist eine wiederkehrende Erinnerung an solchen herrschafts- und kapitalismusfreien Raum. Eine Demonstration an einem Samstag für eine neue Bodenpolitik und eine Abstimmung an einem Sonntag über eine Initiative für den Boden als Gemeingut ergeben Sinn. ●

○ Matthias Hui, *1962, ist Co-Redaktionsleiter der *Neuen Wege*.

○ Die *Neuen Wege* trugen das befreiungstheologische Seminar «Der Boden gehört allen – Die Wiedergewinnung des Landes als Gemeingut im Bündnis zwischen ChristInnen und SozialistInnen» vom 28./29. Juni 2019 in Basel mit. Ein Beitrag von Anna Holm, Juso Baselland, zeigte dort inspirierende Perspektiven einer fortschrittlichen Bodenpolitik auf.